



Zentrum für Qualität in der Pflege
Die Stiftung, die Wissen vernetzt.

ZQP-ANALYSE

Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017

Studiendesign

Quantitative Bevölkerungsbefragung von Personen ab 18 Jahren

Autoren

Simon Eggert

Dr. Katharina Jung

Daniela Vähjunker

Veröffentlichung

Februar 2017

Korrespondenz

Simon.Eggert@ZQP.de



I. Hintergrund der Befragung

Gute Versorgung älterer pflegebedürftiger Menschen sicherzustellen und deren in die Versorgung eingebundene Angehörige wirksam zu unterstützen, ist eine der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen in Deutschland. Pflegepolitik ist dabei Teil eines weitreichenden politischen Entscheidungsnetzwerks; dort kommen Regelungsbedarfe verschiedenster Ressorts im Bund, den Ländern und Kommunen zusammen:

- Pflegepolitik ist eng verschränkt mit Fragen der Prävention, der medizinisch-therapeutischen Versorgung und der Rehabilitation.
- Pflegepolitik spielt eine zentrale Rolle in der Familien- und Sozialpolitik: So wirkt sie beispielsweise stabilisierend in familialen Krankheits- und Versorgungssituationen und auf Teilhabechancen von Menschen in ihrem Sozialraum.
- Pflegepolitik impliziert Entscheidungen für einen wesentlichen Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor der Bundesrepublik.
- Pflegepolitik betrifft Bildung und kulturelle Fragen, z. B. nicht „Pflegefälle“ oder „Behinderte“ zum „Gegenstand“ von Regelungen zu machen, sondern Menschen mit individuellen Ressourcen und Bedürfnissen zu unterstützen.

Die verstärkte öffentliche Wahrnehmung des Handlungsfelds Pflege hängt auch damit zusammen, dass in einer Gesellschaft des langen Lebens immer mehr Menschen direkt oder indirekt von Pflege betroffen sind.

Zählte das Statistische Bundesamt im Dezember 2007¹ noch 2,25 Millionen Menschen, die pflegebedürftig im Sinne der Pflegeversicherung (SGB XI) waren, waren es 2015² laut Pflegestatistik bereits 2,9 Millionen Menschen in Deutschland. Pflege findet dabei vorwiegend zuhause statt: Fast drei Viertel (73 Prozent) der pflegebedürftigen Menschen werden dort gepflegt; zwei Drittel (66 Prozent) von ihnen ausschließlich durch Angehörige ohne professionelle Unterstützung. In diesem Zusammenhang wird von einer Gesamtzahl von ca. 4,7 Millionen pflegenden Angehörigen ausgegangen.³ Über den Kreis derjenigen hinaus, die als Empfänger von Versicherungsleistungen identifiziert werden können, sind noch mehr Personen direkt oder indirekt von Hilfebedürftigkeit in Deutschland betroffen sind. So legen Studien nahe, dass heute schon etwa zehn Millionen Familien einen zu pflegenden Angehörigen haben⁴.

Künftig wird die Zahl sowohl von Personen, die in der Familie Pflegeaufgaben übernehmen können, als auch von Personen im erwerbsfähigen Alter sinken. Überproportional stark wird hingegen die Anzahl der hochaltrigen Menschen zunehmen: Bis zum Jahr 2060 wird mit insgesamt ca. 9 Millionen über 80-

¹ Statistisches Bundesamt (2008). Pflegestatistik 2007. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, S. 4.

² Statistisches Bundesamt (2017). Pflegestatistik 2015. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, S. 5.

³ Wetzstein M., Rommel A., Lange C. (2015). Pflegenden Angehörige – Deutschlands größter Pflegedienst Hrsg. Robert Koch-Institut, Berlin. GBE kompakt 6(3) www.rki.de/gbe-kompakt (Stand: 19.07.2016).

⁴ Generali Zukunftsfonds und Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.). Generali Altersstudie. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 1348. Bonn 2013.



Jährigen gerechnet. Das würde einer Verdoppelung im Vergleich zum Jahr 2015 entsprechen⁵. Diese demografischen Trends drohen teilweise erhebliche Versorgungslücken entstehen zu lassen – besonders in ländlichen Räumen. In einigen Regionen Deutschlands ist bereits ein Fachkräftemangel offenbar.

Das Risiko, selber von Pflegebedürftigkeit betroffen zu sein, wächst mit zunehmendem Alter. Mit Blick auf die steigende Lebenserwartung der Menschen wird die Zahl der Pflegebedürftigen also auch in Zukunft noch weiter zunehmen. Vorausberechnungen gehen für das Jahr 2030 von insgesamt etwa 3,5 Millionen Pflegebedürftigen aus, jedoch mit großen regionalen Unterschieden⁶. Insbesondere das Thema Alzheimer und Demenz wird im Zusammenhang mit Pflegebedürftigkeit von vielen als bedrohlich empfunden – auch hier wächst die Anzahl der Betroffenen.

In zurückliegenden Legislaturperioden sind daher einige wichtige Reformmaßnahmen durchgeführt worden, um die Situation pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen in Deutschland zu verbessern. Das Reformpaket der Pflegestärkungsgesetze (PSG) 1 bis 3 gilt dabei als die umfassendste gesetzgeberische Handlung im Bereich Pflege seit der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung in Deutschland. Unter anderem gibt es dadurch in den kommenden Jahren schätzungsweise 500.000 mehr Menschen, die Anspruch auf Leistungen aus der Pflegeversicherung haben werden.

Dies resultiert vor allem aus der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs durch das PSG 2, der das Verständnis von Pflegebedürftigkeit und damit die Anspruchsgrundlage für Leistungen aus der Pflegeversicherung verändert. Bisher galt für das Pflegebegutachtungsverfahren eine Defizit betonende, verrichtungsbezogene Systematik. Diese stellt vor allem auf die somatische Dimension von Pflegebedürftigkeit ab. Dadurch kam es unter anderem zu einer deutlichen Schlechterstellung der schätzungsweise 1,6 Millionen Menschen mit Demenz in Deutschland, die nun korrigiert wurde.

Pflege braucht aus Expertensicht jedoch zusätzlich dringend verbesserte Rahmenbedingungen und Weiterentwicklungsimpulse. So steht die Umsetzung von zwei im PSG beschlossenen – für die Versorgungsqualität hoch relevanten – Maßnahmen noch aus. So gilt es eine grundlegende, belastbare Reform der Messung und Darstellung von Pflegequalität für Verbraucher sowie die Etablierung eines validen Personalbemessungsinstruments auszugestalten. Auch sind maßgebliche Felder, in denen Pflegequalität teilweise dringend verbessert werden muss, immer noch nicht in das Zentrum des Handelns gelangt. Dazu gehören unter anderem die Stärkung der „Sicherheit von Pflegebedürftigen“, z. B. vor Gewalt, bei Hygiene oder in der Arzneimittelversorgung, sowie der Stärkung von „Prävention und Rehabilitation bei Pflegebedürftigkeit“.

Vor diesem Hintergrund war es Ziel der vorliegenden repräsentativen Bevölkerungsbefragung, von den Bürgern zu erfahren, welchen Stellenwert das Thema Pflege insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Bundestagswahl im Herbst 2017 für sie hat und vor allem welche Einschätzungen und Wünsche hinsichtlich Pflege und Versorgung im Alter in der Bevölkerung bestehen.

⁵ Statistisches Bundesamt (2015). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

⁶ Rothgang, H. et al. (2016). BARMER GEK Pflegereport 2016. Pflege im Spiegel amtlicher Statistiken und anderer Datenquellen, S. 83.



II. Autoren in alphabetischer Reihenfolge

Simon Eggert

Dr. Katharina Jung

Daniela Vähjunker

III. Methoden und Vorgehensweise

Dieser Auswertung liegt eine anonyme Bevölkerungsumfrage zugrunde, in der mittels einer repräsentativen Stichprobe Einschätzungen zum Thema „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“ erfragt wurden. Die Stichprobengröße umfasst über 2.000 Befragte (N=2.007). Die Befragung wurde in der Zeit vom 2. bis 10. Januar 2017 durchgeführt. Die Grundgesamtheit bildete die deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahre bundesweit, repräsentiert in einem Panel mit ca. 20.000 Personen. Als Erhebungsmethode kam die In-Home-Befragung per PC bzw. Set-Top-Box am TV-Bildschirm zum Einsatz. Anschließend wurde die Personenstichprobe nach Region, Alter, Geschlecht und Bildung gewichtet. Die statistische Fehlertoleranz der Untersuchung in der Gesamtstichprobe liegt bei +/- 2 Prozentpunkten.

IV. Ergebnisse

Zusammenfassung

Pflege ist mittlerweile ein gesellschaftliches Querschnittsthema, das in der Bevölkerung starke Beachtung findet. Die Lebenssituation älterer und pflegebedürftiger Menschen gehört für die Gesamtheit aller Befragten zu den bedeutenden Themen mit Blick auf ihre Wahlentscheidung bei der kommenden Bundestagswahl im Herbst 2017. 43 Prozent aller Befragten geben an, dass das Thema sehr wichtig für ihre Wahlentscheidung ist. In der besonders relevanten Altersgruppe 50+ ist es sogar gut die Hälfte (53 Prozent).

Die überwiegende Mehrheit aller Befragten (81 Prozent) bezeichnet sich als ‚sehr/etwas interessiert‘ am Thema. Allerdings nimmt in etwa die Hälfte aller Befragten (53 Prozent) das Thema Pflege nur selten bis nie in den Medien wahr. Mehr als zwei Drittel der Umfrageteilnehmer (68 Prozent) fühlen sich bisher weniger gut bis schlecht zu den jüngst beschlossenen Pflegereformen informiert. Informationen zum Thema Pflege werden aktuell noch größtenteils über persönliche Gespräche im privaten Umfeld, sowie durch Zeitung, Onlinemedien oder Fernsehen bezogen. Soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter spielen als Informationskanäle hingegen bisher noch kaum eine Rolle. Fünf Prozent der Befragten geben an, sich auf diesem Weg zum Thema Pflege zu informieren.

In Bezug auf die Qualität der Versorgung von pflegebedürftigen Personen in Deutschland scheinen viele Menschen verunsichert zu sein. Fast die Hälfte aller Befragten (46 Prozent) schätzt die Pflegequalität als weniger gut ein. Etwa jeder Zehnte (9 Prozent) glaubt sogar, diese sei schlecht. In der Gruppe der Personen mit persönlicher Pflegerfahrung halten sogar 47 Prozent die Pflegequalität für weniger gut, 12 Prozent halten sie für schlecht. Den größten politischen Handlungsbedarf hinsichtlich der Rahmenbedingungen in der Pflege sehen beinahe drei Viertel der Befragten (71 Prozent) in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gefolgt von einer besseren Unterstützung pflegender Angehöriger (42 Prozent). In Bezug auf die Verbesserung der Qualität professioneller Pflege halten es die Befragten für am wichtigsten, dass mehr Zeit für persönliche Zuwendung und Kommunikation zur Verfügung steht (68 Prozent) und mehr für den Erhalt der Selbstständigkeit und Mobilität von Pflegebedürftigen getan wird (54 Prozent).

Mit Blick auf eine mögliche eigene Versorgung bei Pflegebedürftigkeit geben lediglich 15 Prozent der Menschen an, später in einer guten stationären Einrichtung gepflegt werden zu wollen. Die überwiegende Mehrheit (70 Prozent) möchte zuhause gepflegt werden – fast jeder Zweite (47 Prozent) durch einen Versorgungsmix aus familialer und professioneller Pflege. Dies spiegelt sich auch in den als zentral erachteten Aspekten wider, um trotz Unterstützungsbedarf später zuhause leben zu können: Die meisten Menschen (73 Prozent) wünschen sich eine gute pflegerische Unterstützung durch einen ambulanten Dienst. Auch eine Infrastruktur, welche die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, ist für die Hälfte der Befragten (52 Prozent) sehr wichtig.

Sorgen bereiten den Deutschen mit Blick auf das Alter vor allem potenzielle kognitive Einschränkungen (63 Prozent) und die Abhängigkeit von anderen Menschen (56 Prozent).

1. Politische Relevanz des Themas Pflege

- Die große Mehrheit aller Befragten (81 %) bezeichnet sich als sehr/etwas interessiert am Thema Pflege.
- Für 43 % aller Befragten ist die Lebenssituation älterer und pflegebedürftiger Menschen sehr wichtig für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2017.
- In der für den Wahlausgang besonders wichtigen Altersgruppe 50+ geben dies sogar 53 % an.

Am 24. September 2017 findet die nächste Bundestagswahl statt. Wahlkampfthemen und Positionen werden in den nächsten sechs Monaten von Parteien sowie Kandidaten ausgelotet und entsprechend besetzt werden.

Vor diesem Hintergrund sollten die Befragungsteilnehmer angeben, ob sie sich für das Thema Pflege interessieren und wie wichtig Ihnen die Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen bei der Wahlentscheidung am 24. September voraussichtlich sein wird.

„Jetzt einmal konkret zum Thema ‚Pflege‘. Unter das Thema ‚Pflege‘ fällt ja die Versorgung und Betreuung von Menschen, die im Alltag auf Hilfe angewiesen sind, weil es ihnen gesundheitlich schlecht geht oder sie krank oder behindert sind. Wie stark sind Sie persönlich am Thema ‚Pflege‘ interessiert?“

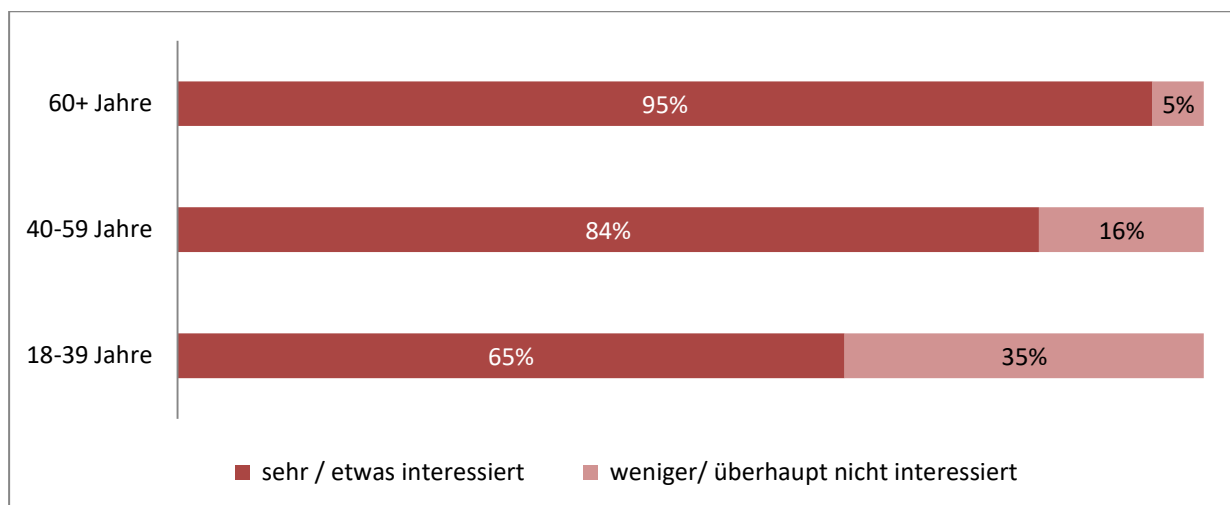


Abbildung 1, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007.

Die weit überwiegende Mehrheit aller Befragten (81 Prozent) bezeichnet sich als ‚sehr/etwas interessiert‘ am Thema Pflege. Mit zunehmendem Alter nimmt das Interesse stark zu. So bezeichnen sich 95 Prozent aller über 60-Jährigen als ‚sehr/etwas interessiert‘ im Vergleich zu immerhin knapp zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten zwischen 18 und 39 Jahren. Neben dem Alter wirkt sich auch die eigene Betroffenheit auf das Interesse der Menschen aus. So zeigen sich 70 Prozent der Personen mit persönlicher Pflegeerfahrung ‚sehr interessiert‘ am Thema im Gegensatz zu 42 Prozent der Gesamtheit aller Befragten.

Über das Interesse am Thema hinaus, hatte die Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen für viele Befragte eine sehr hohe politische Relevanz.

„Sie sehen nun einige Bereiche und Themen, die bei der kommenden Bundestagswahl 2017 von Bedeutung sein können. Wie wichtig sind diese Themen für Ihre Wahlentscheidung?“

(Darstellung: sehr wichtig)

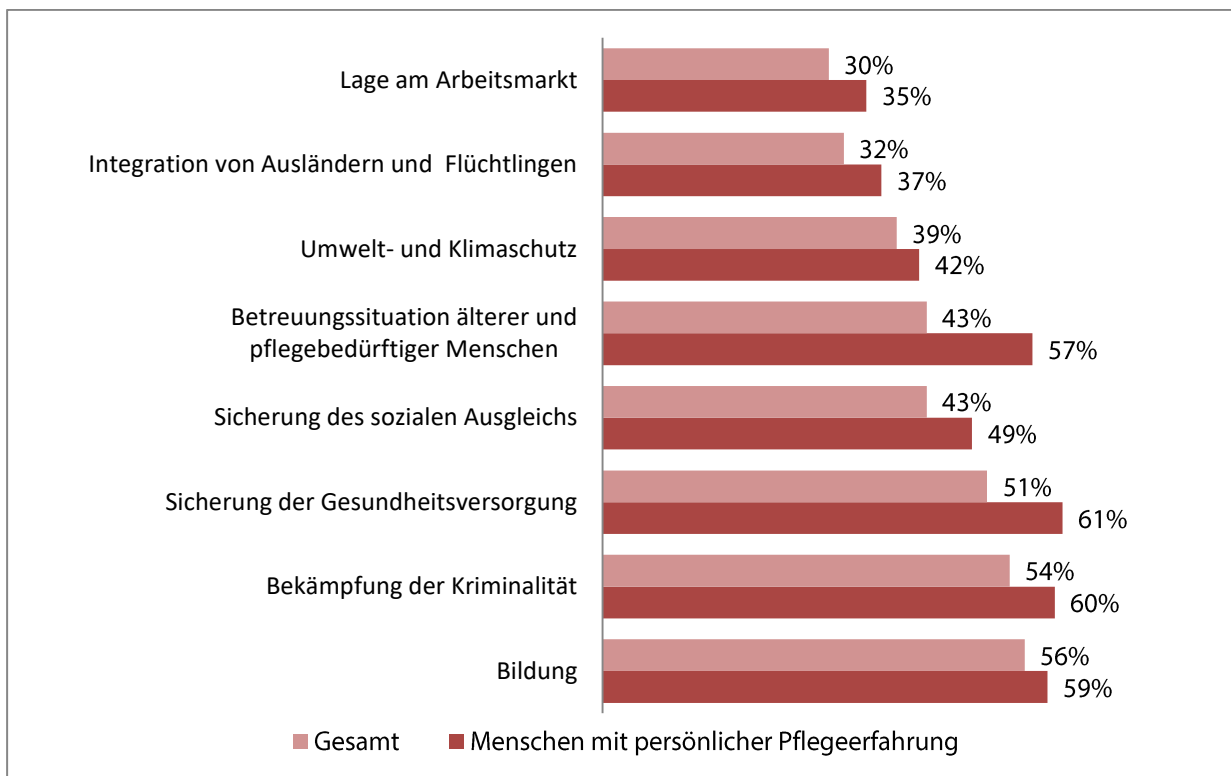


Abbildung 2, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007; n = 509.

43 Prozent aller Teilnehmer bezeichnen die Versorgungssituation älterer/pflegebedürftiger Menschen als ‚sehr wichtig‘ für die persönliche Entscheidung bei der kommenden Bundestagswahl. Von denjenigen, die 50 oder älter sind, geben dies sogar mehr als die Hälfte (53 Prozent) an.

Die Gruppe der 50-Jährigen und Älteren ist besonders relevant für den Ausgang der Bundestagswahl. Sie hat einen Anteil von ca. 56 Prozent an der Gesamtgruppe der Wahlberechtigten und damit die Mehrheit gegenüber den Wählern aller anderen Altersgruppen zusammen. Zudem waren die 60- bis unter 70-Jährigen (80 Prozent) und die 50- bis unter 60-Jährigen (76 Prozent) bei der Bundestagswahl 2013 die beiden Altersgruppen mit der höchsten Wahlbeteiligung. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag bei 72 Prozent.⁷

⁷ www.bundeswahlleiter.de/bundeswahlleiter.html

2. Informiertheit und Informationsverhalten zum Thema Pflege

- Knapp die Hälfte aller Befragten (52 %) nimmt das Thema Pflege nur selten in den Medien wahr.
- Über die Hälfte der Befragten mit persönlicher Pflegeerfahrung (57 %) fühlen sich weniger gut bis schlecht zum Pflegestärkungsgesetz 2 informiert.
- Die Hälfte aller Befragten (50 %) gibt an, dass eine ihrer wichtigsten Informationsquellen zum Thema Pflege Unterhaltungen im privaten Umfeld sind.

Pflege ist längst kein Randthema mehr. So zeigen auch die Umfrageergebnisse, dass die Thematik für die weitaus meisten Menschen in Deutschland von persönlichem Interesse ist – aber eben auch von politischer Relevanz. Daher wurde gefragt, wie häufig das Thema eigentlich in den Medien wahrgenommen wird.

„Was ist Ihr Eindruck: Wie häufig wird in den Medien über das Thema Pflege berichtet?“

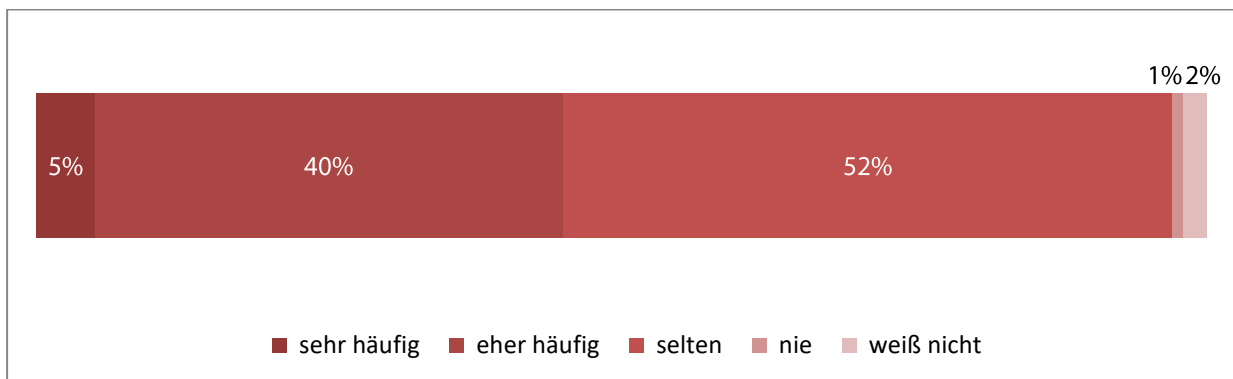


Abbildung 3, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007.

Mehr als die Hälfte (52 Prozent) aller Befragten hat den Eindruck, dass nur selten in den Medien über das Thema Pflege berichtet wird. Diese Einschätzung erfolgt altersgruppenübergreifend und zeigt auch keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich persönlicher Erfahrung mit dem Thema Pflege und Versorgung.

In den vergangenen Monaten wurde das Thema Pflege in den Medien weitestgehend von Berichten zu der jüngsten Pflegereform, dem sogenannten Pflegestärkungsgesetz 2 (PSG 2), dominiert. Das PSG 2 gilt als die weitreichendste Reform seit Einführung der Pflegeversicherung und ist zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten. Um den Wissensstand in der Bevölkerung zu dieser Gesetzesreform zu erfragen, sollten die Teilnehmer der Umfrage angeben, wie gut sie sich zu dieser Reform informiert fühlen.

„Jetzt zum Thema Pflegereform: Das Pflegestärkungsgesetz 2 wurde zum 1. Januar 2017 voll wirksam. Es wird einige Veränderungen mit sich bringen. Wie gut fühlen Sie sich selbst über diese Pflegereform informiert?“

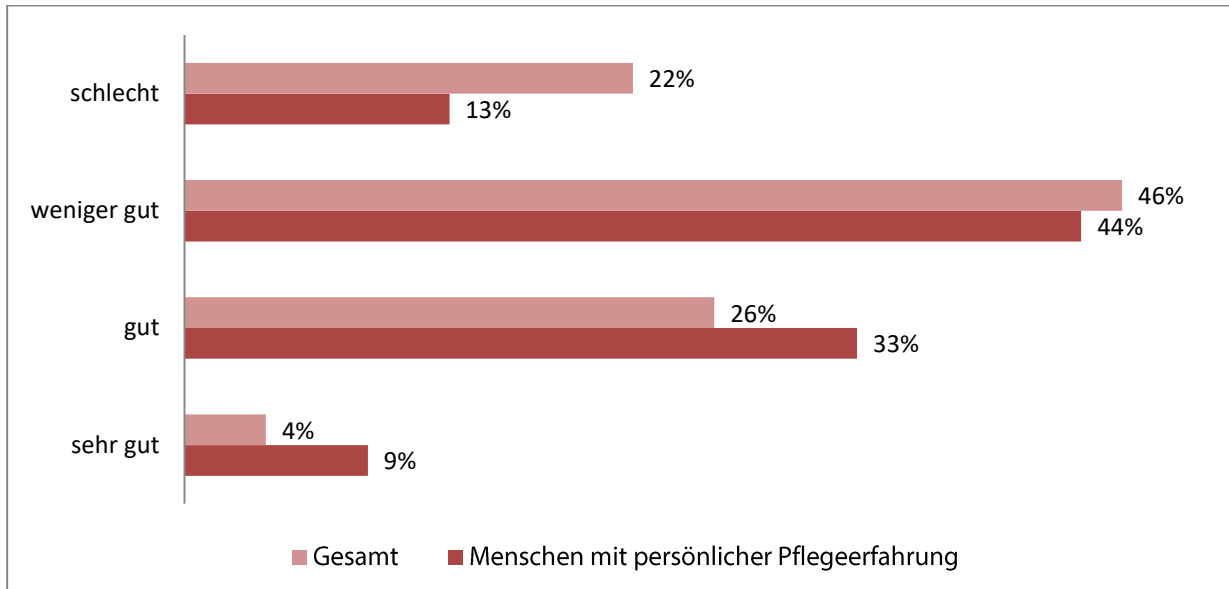


Abbildung 4, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007, n = 509. Fehlende zu 100 sind „weiß nicht“.

Fast die Hälfte aller Befragten (46 Prozent) gibt an, sich ‚weniger gut‘ zum PSG 2 informiert zu fühlen, jeder Fünfte (22 Prozent) sogar ‚schlecht‘. Unter den Menschen mit persönlicher Pflegeerfahrung sind dies immerhin noch 13 Prozent. Lediglich ein Drittel aus diesem Personenkreis (33 Prozent) fühlt sich gut zu der Reform der Pflegeversicherung informiert.

Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Befragung zu einem sehr frühen Zeitpunkt nach Inkrafttreten des Gesetzes durchgeführt wurde.

Um die Angaben zu den Fragekomplexen „Berichterstattung“ und „Informiertheit“ besser einordnen zu können und die Informationswege der Menschen zum Thema Pflege besser einschätzen zu können, wurde auch gefragt, woher die Teilnehmer vorrangig ihre Informationen über das Thema Pflege beziehen.

„Wo bzw. wie informieren Sie sich hauptsächlich über das Thema ‚Pflege‘?“

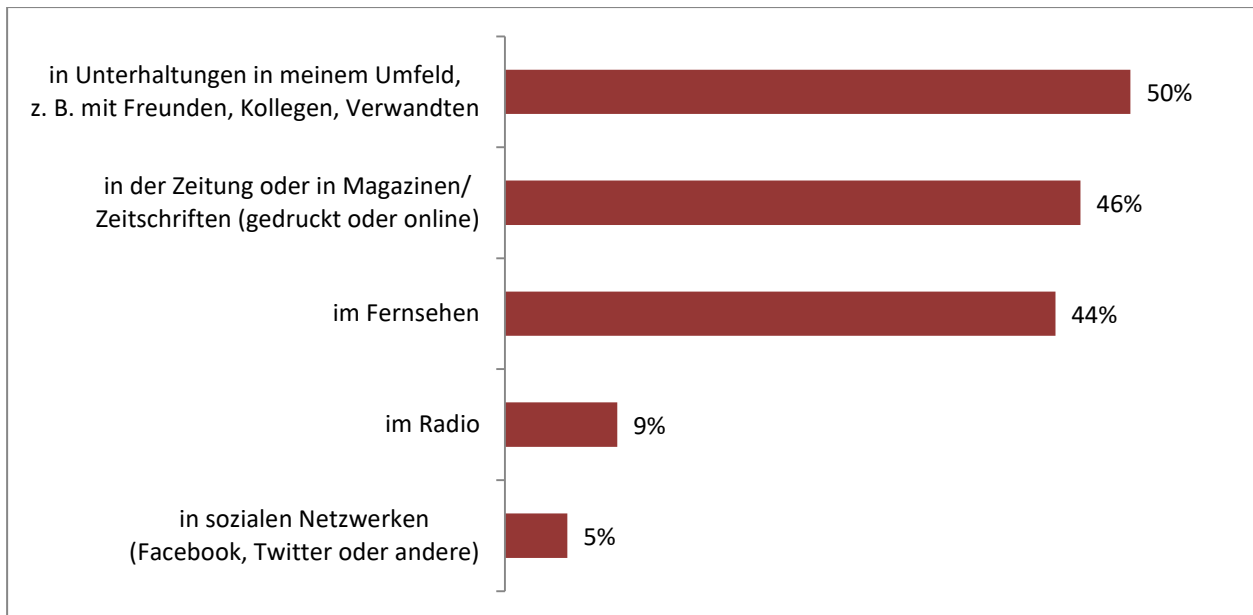


Abbildung 5, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007. (maximal zwei Nennungen).

Die Hälfte (50 Prozent) aller Befragten gibt an, sich in erster Linie über Unterhaltungen im privaten Umfeld zum Thema Pflege auszutauschen; gefolgt von online verfügbaren oder gedruckten Zeitungen und Magazinen (46 Prozent) und dem Fernsehen (44 Prozent). Radio (9 Prozent) sowie soziale Netzwerke (5 Prozent) spielen bei der Informationsbeschaffung hingegen aktuell nur eine untergeordnete Rolle.

3. Einschätzungen zur Pflegequalität in Deutschland

- Über die Hälfte aller Befragten (55 %) hält die Pflegequalität in Deutschland für weniger gut oder schlecht. Befragte mit Pflegeerfahrung kommen zu einer ähnlichen Einschätzung (59 %).
- 71 % aller Befragten sehen in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege den dringenden politischen Handlungsbedarf.
- Gut zwei Drittel der Befragten (68 %) sagen, dass vorrangig mehr Zeit für persönliche Zuwendung und Kommunikation zur Verfügung stehen sollte. Darin sehen sie den dringenden Verbesserungsbedarf im Rahmen der professionellen Pflege.

Pflegebedürftigkeit wird für immer mehr Menschen zum Teil ihres Lebens – ob nun als Pflegebedürftige, als deren Angehörige, Freunde und Bekannte oder als in der Pflege Beschäftigte. Wie aber wird die Qualität der Pflege und Versorgungen älterer Menschen in Deutschland eingeschätzt? Danach gefragt, beurteilt fast die Hälfte aller Befragten (46 Prozent) die Versorgungsqualität als ‚weniger gut‘; fast jeder Zehnte (9 Prozent) sogar als ‚schlecht‘.

„Einmal insgesamt gesehen: Wie gut ist Ihrer Meinung nach die Qualität der Pflege und der Versorgung älterer pflegebedürftiger Menschen in Deutschland?“

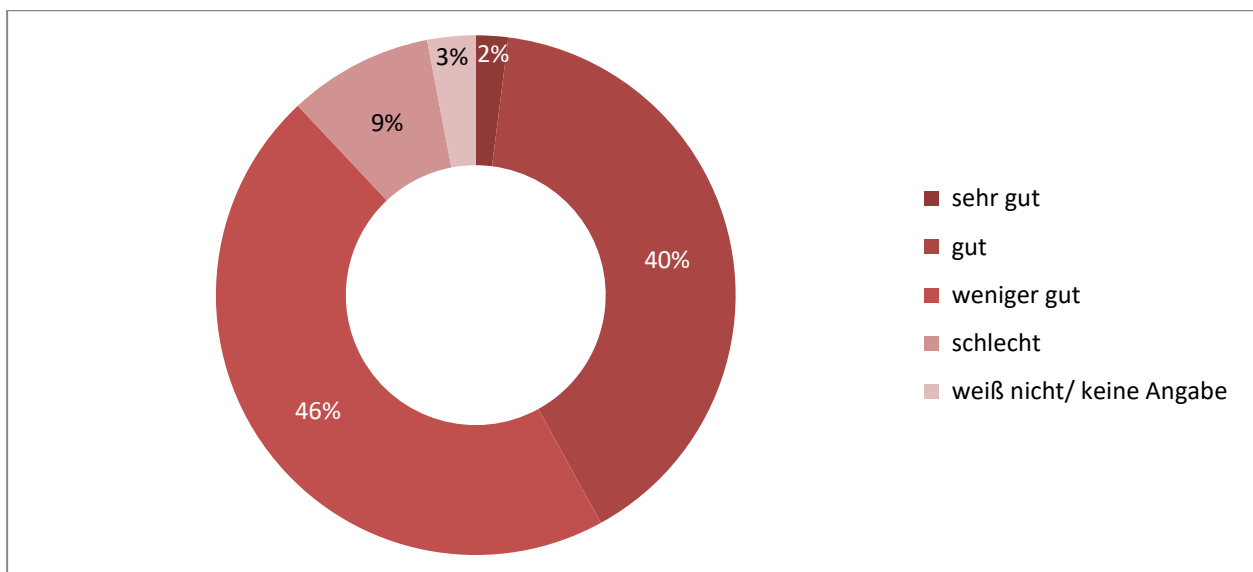


Abbildung 6, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007.

42 Prozent aller Befragten schätzen die Pflege und Versorgung älterer pflegebedürftiger Menschen in Deutschland als ‚gut‘ bzw. ‚sehr gut‘ ein. Es besteht somit offenbar eine weit verbreitete Verunsicherung, ob in Deutschland wirklich jeder Mensch gut versorgt wird. 59 Prozent der Teilnehmer mit persönlicher Pflegerfahrung schätzen die Pflegequalität ähnlich kritisch ein.

Diese Zahlen verweisen auf Handlungsbedarf in der Qualitätsentwicklung aber auch auf die Verpflichtung zu angemessener Berichterstattung.

Anknüpfend an die Einschätzung über die Gesamtqualität der Pflege und mit Blick auf politische Herausforderungen sollten die Teilnehmer der Umfrage angeben, in welchen Bereichen der pflegerischen Versorgung sie den dringendsten Handlungsbedarf sehen.

„Wenn Sie jetzt einmal an die politischen Rahmenbedingungen der Pflege denken: In welchen Bereichen sehen Sie zukünftig den dringendsten Handlungsbedarf für die Politik?“

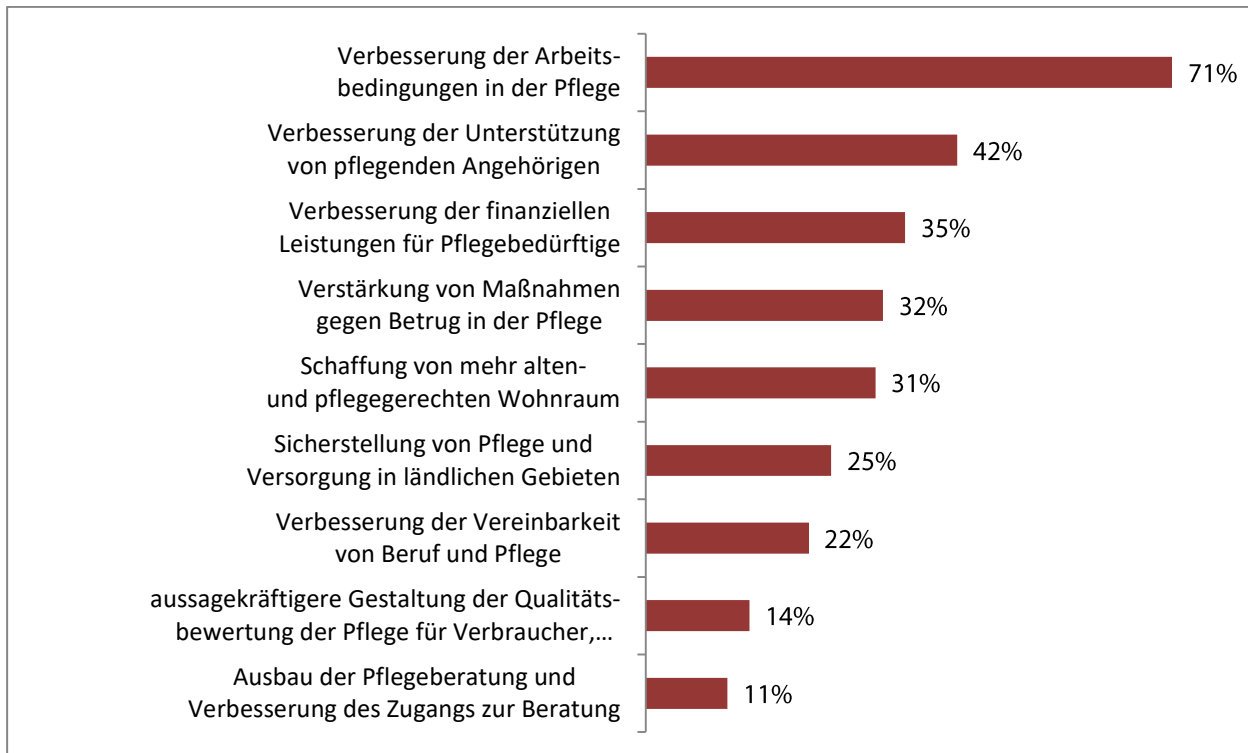


Abbildung 7, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007 (maximal drei Nennungen).

Den größten Bedarf sehen die Befragten in der „Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege“ (71 Prozent), gefolgt von der „Verbesserung der Unterstützung von pflegenden Angehörigen“ (42 Prozent).

Ebenfalls sollten die Teilnehmer der Umfrage angeben, bei welchen pflegerischen Aspekten professioneller Versorgung pflegebedürftiger Menschen ihrer Meinung nach etwas verbessert werden muss.

Hier wird der größte Bedarf im Bereich der persönlichen Zuwendung und Kommunikation gesehen. Die meisten Befragten (68 Prozent) finden, dass dafür mehr Zeit zur Verfügung stehen sollte. Auch bei einer früheren repräsentativen Bevölkerungsbefragung des ZQP im Jahr 2014, bei welcher diese Frage ähnlich gestellt worden war, wurde dieser Aspekt von der Mehrheit der Befragten genannt.

„Jetzt einmal speziell zur Qualität der Versorgung pflegebedürftiger Menschen: In welchen der folgenden Bereiche besteht Ihrer Einschätzung nach der dringendste Verbesserungsbedarf bei der professionellen Versorgung pflegebedürftiger Menschen?“



Abbildung 8, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007 (maximal drei Nennungen).

Etwa die Hälfte aller Befragten sieht zudem beim „Erhalt von Selbstständigkeit und Mobilität“ (54 Prozent) sowie bei der „Berücksichtigung der Individualität des Pflegebedürftigen“ (46 Prozent) dringende Verbesserungspotenziale.

Die Gruppe der Personen mit persönlicher Pflegeerfahrung schätzt dies nicht signifikant abweichend von der Gruppe aller Befragten ein.

4. Wünsche und Herausforderungen bei Einschränkungen im Alter

- Über zwei Drittel der Menschen (70 %) möchte bei Pflegebedürftigkeit zuhause versorgt werden. Nur 15 % aller Befragten geben an, später in einer guten stationären Einrichtung gepflegt werden zu wollen.
- Das mit Abstand meist gewünschte Versorgungsmodell dafür ist ein Mix von Angehörigen, die unterstützen und professioneller Pflege (47 %).
- Mit Blick auf das Alter bereiten kognitive Einschränkungen den meisten Befragten (63 %) die größte Sorge.

Für die Einschätzung der Bevölkerung von Handlungsbedarfen im Politikfeld Pflege, ist es auch von Bedeutung, welche Erwartungen und Wünsche die Menschen hinsichtlich einer Versorgung im Alter bei Hilfe- und Unterstützungsbedarf haben. Um hierzu Hinweise zu erlangen, sollten die Teilnehmer der Umfrage zunächst angeben, wo und durch wen sie bei einer möglichen Pflegebedürftigkeit gerne gepflegt würden.

„Wo bzw. durch wen möchten Sie bei Pflegebedürftigkeit gepflegt werden?“

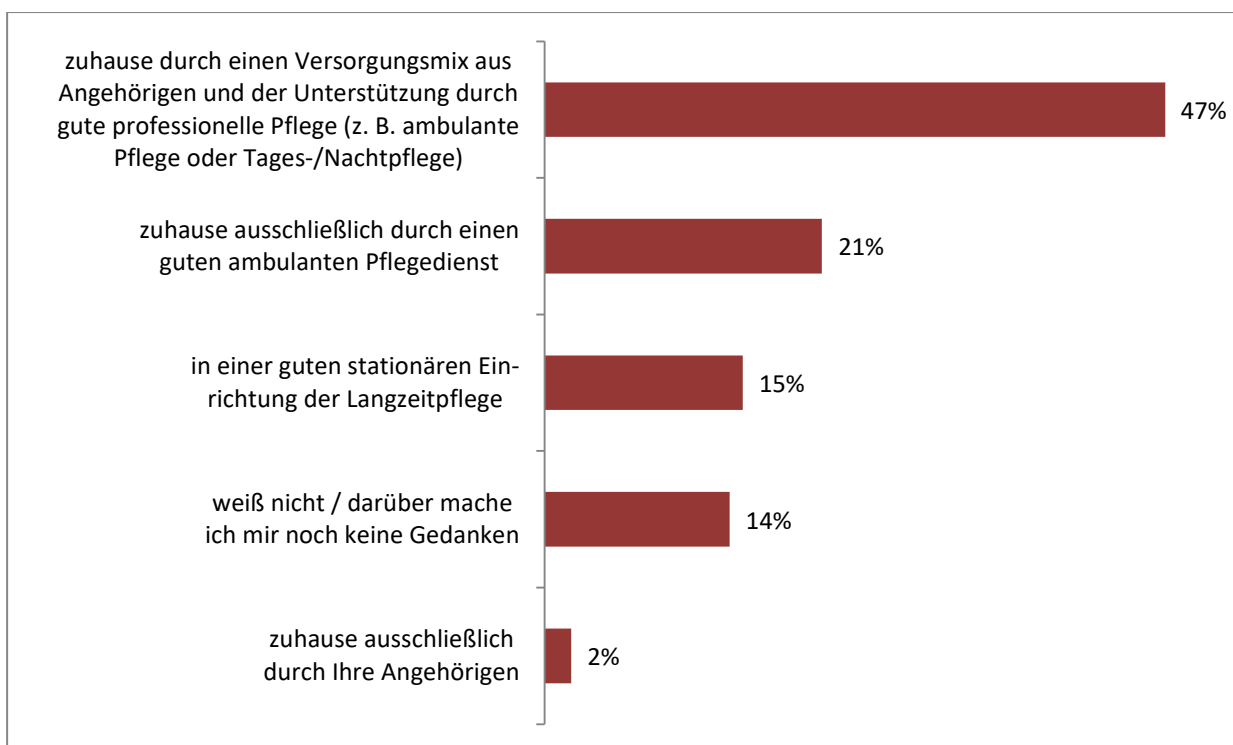


Abbildung 9, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007.

Die überwiegende Mehrheit aller Befragten (70 Prozent) gibt an, zuhause gepflegt werden zu wollen – fast jeder Zweite (47 Prozent) durch einen Versorgungsmix aus familialer und professioneller Pflege. Lediglich 2 Prozent der Befragten äußern den Wunsch, ausschließlich durch Angehörige gepflegt werden zu wollen; diese Angaben fallen in den unterschiedlichen Altersgruppen sowie in der Subgruppe von Personen mit persönlicher Pflegeerfahrung ähnlich aus.

Lediglich 15 Prozent der Teilnehmer geben an, später in einer guten stationären Einrichtung gepflegt werden zu wollen. Noch gar keine Gedanken zur späteren Versorgung haben sich 14 Prozent der Menschen gemacht – unter den 18- bis 39-Jährigen trifft dies für fast ein Viertel zu (24 Prozent). Jeder zehnte Befragte mit eigener Pflegeerfahrung gibt an, sich zu diesem Thema noch keine Gedanken gemacht zu haben.

Die Ergebnisse unterstreichen den zentralen Wunsch der Menschen, zuhause alt werden zu wollen – auch wenn sie pflegebedürftig sein sollten. Welche Rahmenbedingungen dafür gegeben sein müssten, wurden die Teilnehmer gefragt.

„Wenn Sie im Alter zuhause leben bzw. leben würden und Unterstützung benötigen. Welche Aspekte sind bzw. wären Ihnen dann am wichtigsten?“

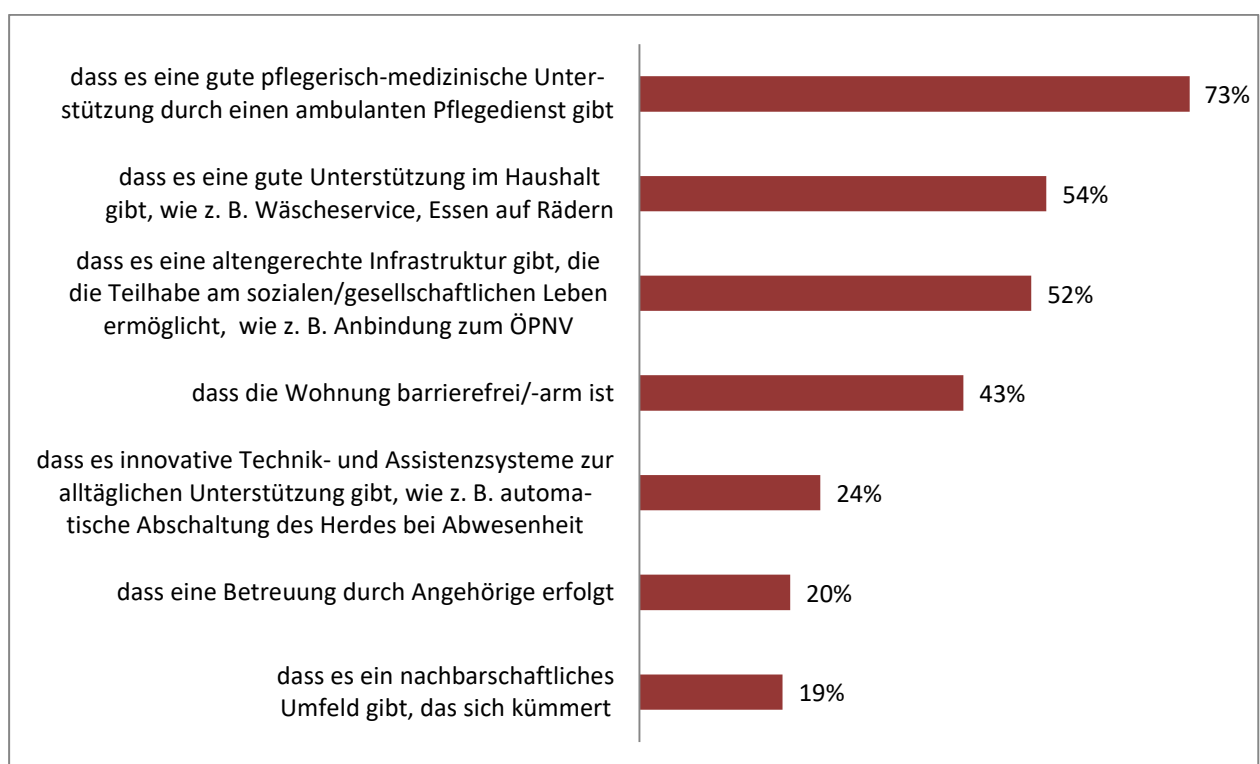


Abbildung 10, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007 (maximal drei Nennungen).

Von zentraler Bedeutung werden hier ganz konkrete Hilfsangebote gesehen, wie beispielsweise eine „gute pflegerisch-medizinische Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst“ (73 Prozent) oder auch eine „gute Unterstützung im Haushalt“ (54 Prozent). Zudem spielen Aspekte der Mobilität und Teilhabe eine wichtige Rolle. So wünscht sich die Hälfte der Befragten (52 Prozent) eine „altengerechte Infrastruktur“, die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht, sowie eine „barrierefreie/-arme Wohnung“ (43 Prozent). Jedem Fünften (20 Prozent) ist es sehr wichtig, dass Angehörige an der Versorgung beteiligt sind. Genauso viele geben an, dass ihnen ein „sorgendes nachbarschaftliches Umfeld“ (19 Prozent) wichtig ist. Bei Befragten mit persönlicher Pflegeerfahrung sind die entsprechenden Angaben ähnlich.

Häufig ist der Blick auf das eigene hohe Alter mit verschiedenen Sorgen verbunden. So sollten die Teilnehmer der Umfrage angeben, welche Dinge ihnen dabei die größten Sorgen bereiten.

„Wenn Sie jetzt noch einmal an das Alter denken: Was macht Ihnen da die größten Sorgen?“

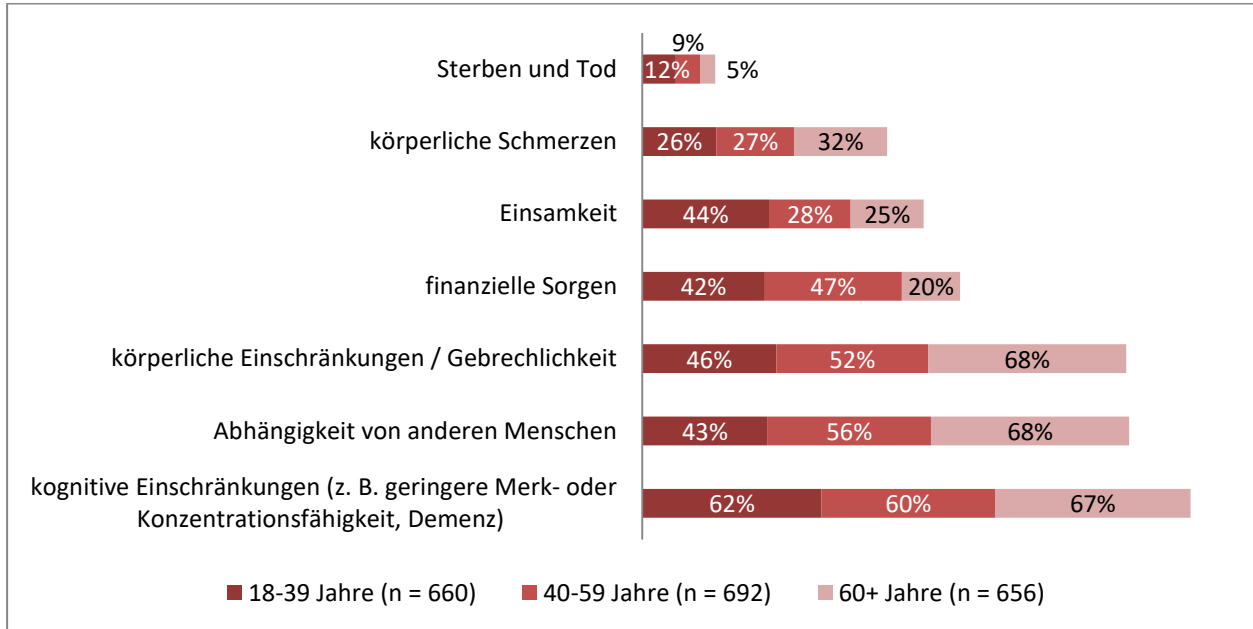


Abbildung 11, ZQP-Bevölkerungsbefragung „Herausforderung Pflege – Bürgerperspektive im Wahljahr 2017“. N = 2.007 (maximal drei Nennungen).

Von mehr als der Hälfte aller Befragten (63 Prozent) wird die Sorge vor „kognitiven Einschränkungen“ hervorgehoben. Diese Einschätzungen decken sich auch mit den Ergebnissen einer repräsentativen ZQP Bevölkerungsumfrage zum Thema „Demenz“ aus dem Jahr 2014, in welcher ebenfalls angedeutet wird, in welchem Ausmaß Demenz als eine schwerwiegende gesundheitliche Belastung in der Bevölkerung wahrgenommen wird. Auch die „Abhängigkeit von Anderen“ (56 Prozent) sowie „körperliche Einschränkungen“ (55 Prozent) werden als größte Sorgen genannt.

Verschiedene Aspekte werden in den befragten Altersgruppen besonders unterschiedlich beurteilt: So wird die Angst vor Einsamkeit von fast der Hälfte (44 Prozent) der Befragten zwischen 18 bis 39 Jahren genannt. Lediglich ein Viertel (25 Prozent) der über 60-Jährigen bewertet dies ebenso stark. Auch die Angst vor finanziellen Sorgen wird bei den Jüngeren stärker bewertet: Fast die Hälfte (47 Prozent) der 40- bis 59-Jährigen nennt dies entsprechend – im Gegensatz zu nur jedem Fünften (20 Prozent) über 60.